



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 175. Ratssitzung vom 8. Dezember 2021

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2021/369, Antrag 047., Postulat GR Nr. 2021/459 und Postulat GR Nr. 2021/461

4709. 2021/368
**Weisung vom 15.09.2021:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2022 (Detailbudgets und Produktgruppen-
Globalbudgets)**

Gemeinsame Behandlung der Anträge 047., 048. (Postulat GR Nr. 2021/459) und 049.
(Postulat GR Nr. 2021/461).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat GR Nr. 2021/461 (vergleiche Beschluss-Nr. 4651/2021): *Wir möchten das Programm zum Ausbau des Bestands der Stadtpolizei verschieben, bis wir die Diskussion, ob das bereits aufgegleiste und vom Kommandanten skizzierte Projekt umgesetzt werden soll, oder ob Anpassungen vorgenommen werden müssen, führen konnten. Wir möchten das eingestellte Geld für die Anstellung der ersten zehn Stellen im Jahr 2022 aufschieben. Unserer Meinung nach braucht ein solches Programm eine vorgängige Debatte in der Kommission und im Gemeinderat. Es gibt unterschiedliche Optionen für die Weiterentwicklung der Stadtpolizei: Einerseits wird die reaktiv lineare Bestandserhöhung der Polizei mit dem Bevölkerungswachstum, mit neuen Brennpunkten und neuen Aufgaben begründet, gleichzeitig sieht man Potenzial in Optimierungsmassnahmen und einer Anpassung des geleisteten Services der Stadtpolizei, um das gute Zusammenleben in der Stadt weiter zu fördern. Ich glaube, es ist jetzt der richtige Zeitpunkt, diese Debatte zu führen. Wir haben in der Stadt Zürich eine sehr hohe Polizeidichte, insbesondere eine hohe Dichte an Patrouillenfahrzeugen, die in den Zentren fahren. Wir wissen nicht, welche Wirkung diese erzeugen. Wir können uns vorstellen, dass die Sicherheit mit ganz anderen Ansätzen erfolgreicher gewährleistet werden kann. Wir möchten, dass diese Diskussion im Gemeinderat geführt wird, bevor ein Grossprojekt zum Ausbau des Bestandes lanciert wird.*

Johann Widmer (SVP) begründet die Minderheit zu Antrag 047., stellt namens der SVP-Fraktion die Ablehnungsanträge zu den beiden Postulaten und begründet diese: *Wir möchten an der Stellenbeschaffung der Stadtpolizei festhalten und diese nicht behindern. Die Postulate würden nur zu Berichten führen und die Verwaltung beschäftigen. Wir sehen Teilzeitarbeit an der Front als nicht zielführend und finden das Ansinnen grundsätzlich nicht sehr geschickt. Auch einen Bericht zur Stellenerhöhung – die wir grundsätzlich unterstützen –, erachten wir nicht als sinnvoll, weil ein Bericht nur die Stadtverwaltung beschäftigen würde.*



Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat GR Nr. 2021/459 (vergleiche Beschluss-Nr. 4649/2021): Im Bericht des Kommandanten Daniel Blumer steht, dass die Work-Life-Balance der Front-Polizistinnen und -Polizisten ein Problem darstellt. Das stellt die GLP nicht in Frage. Für uns erschliesst sich aber nicht, weshalb die Lösung des Sicherheitsdepartements darin besteht, einfach mehr Personen einzustellen. Wir reichten das Begleitpostulat ein, weil wir der Meinung sind, dass bei dieser Art von Beruf Teilzeitarbeit ein völlig übliches Mittel ist, um die Work-Life-Balance herzustellen. Es ist ein bekanntes Problem, dass wir mit dem festen Turnusrhythmus im Frontdienst aktuell keine Teilzeitarbeit anbieten können. Da wir das sich für Teilzeitarbeit interessierende Klientel aktuell nicht ansprechen, haben wir entsprechend auch keine Bewerbenden, die sich das überhaupt vorstellen können. Die Überraschung des Sicherheitsdepartements darüber, dass der Gemeinderat bei der Stellenschaffung mitreden will, ist für uns unverständlich. 2018 forderte eine Motion der SVP die Erhöhung der Frontpolizistinnen und Frontpolizisten. 2019 lehnte die Mehrheit des Parlaments dieses Ansinnen ab. 2021 teilt das Sicherheitsdepartement zwischen der ersten und der zweiten Budgetlesung mit einem Bericht und einer kurzen Medienmitteilung mit, dass bis 2030 – unter einem Kommandanten, der bald in Pension gehen wird – neue Stellen geschaffen werden sollen. Ob der neue Kommandant das Programm teilt oder nicht, bleibt unklar. Wir unterstützen den Antrag und das Begleitpostulat der AL, damit wir das Postulat diskutieren können – gemeinsam mit der neuen, oder gemeinsam mit der neuen und der alten Führung der Stadtpolizei.

Weitere Wortmeldungen:

Felix Moser (Grüne): Für uns wirft der vorgesehene Ausbau um 152 Stellen in den kommenden zehn Jahren einige Fragen auf. Gerne würden wir diese zuerst klären. So fragt sich, ob tatsächlich Bedarf für diese neuen Stellen besteht oder ob nicht andernorts weniger Aufwand betrieben werden könnte. Wir hätten diesbezüglich einige Ideen; sei es beim Einsatz bei Kundgebungen oder bei der Kontrolle von Kleindealern. Aus dem Bericht wird nicht ersichtlich, welche Stellen aus welchem Grund neu geschaffen werden sollen. Es ist uns wichtig, dass Polizistinnen und Polizisten besser geregelte Arbeitstage erhalten und nicht fast jedes Wochenende auf Pikett abrufbereit sein müssen. Dieser Umstand spricht eigentlich für einen Stellenausbau. Wir befürchten aber, dass das Problem durch einen Stellenausbau nicht wirklich gelöst wird, und man in zehn Jahren genauso viele Überstunden und Wochenendeinsätze hätte. Der geplante Stellenausbau sollte zuerst diskutiert werden, damit eine Auslegeordnung erfolgen kann – sei dies in der Kommission oder in der öffentlichen Debatte im Gemeinderat. Erst dann werden wir entscheiden, ob wir den Ausbau für nötig halten oder nicht. Bevor ein Ausbau an die Hand genommen wird, müssen die Aufgaben der Polizei in einer urbanen Stadt grundsätzlich überdacht werden. Wir unterstützen den Antrag der AL und stimmen auch den beiden Postulaten zu.

Florian Utz (SP): Auch die Sozialdemokratische Fraktion stimmt dem Antrag der AL zu. Wir möchten aber betonen, dass für uns die Schaffung neuer Polizeistellen nicht grundsätzlich nicht in Frage kommt. Das ist explizit nicht der Fall. Wir sehen in diesem



Zusammenhang viele interessante Fragen, die vorab diskutiert werden sollten – je nach Beratungsverlauf in der Kommission wäre sogar die Sprechung eines Zusatzkredites denkbar. Danach können wir gerne entscheiden. Selbst wenn die Stellenschaffung im Grundsatz begrüsst wird, ist deren Anzahl noch zu diskutieren: Diese Frage sollte nicht zwischen Tür und Angel oder zwischen der ersten und der zweiten Budgetlesung geklärt werden. Bei der Schaffung neuer Polizeistellen fragt sich immer auch, wo diese geschaffen werden sollen: Wie im Bericht vorgesehen primär an der Front, bei der Vermittlung oder in der Aufklärung von Delikten, wie beispielsweise in der digitalen Forensik. Es ist bekannt, dass eine hohe Aufklärungsquote bei Delikten eine hervorragende generalpräventive Wirkung hat. Weiter könnte ich mir persönlich gut vorstellen, dass man einen Schwerpunkt im Bereich von Raser- oder Poserdelikten setzt. Diese stellen in der Öffentlichkeit ein grosses Ärgernis dar. Auch der Bereich Wirtschaftskriminalität ist ein Bereich, bei dem ich es mindestens für denkbar halte, stärker aktiv zu werden. Es stehen hier sehr viele offene, aber spannende Fragen im Raum. Diese Fragen verdienen es, diskutiert zu werden und deshalb stimmt die SP dem Antrag der AL zu.

Andreas Egli (FDP): *Wenn Politiker, namentlich aus dem grünen Lager, etwas vor den Wahlen nicht ansprechen wollen, dann verlangen Sie einen Bericht. Auch wird damit argumentiert, dass der aktuelle Kommandant bald zurücktreten würde – die Polizistinnen und Polizisten sind aber nicht für den Kommandanten, sondern für die Stadt Zürich angestellt. Grundsätzlich benutzen Sie für die Schaffung neuer Stellen immer das Argument des Bevölkerungswachstums, selbst wenn die Stellen nichts mit dem Bevölkerungswachstum zu tun haben. Bei der Stadtpolizei haben wir aber seit Jahren ein unterdurchschnittliches Wachstum im Verhältnis zur Bevölkerung. Es gibt zusätzlich viele Jugendliche und Erwachsene, die in den Ausgang gehen und Alkohol trinken. Auch dieses Problem muss gelöst werden und kann nicht einfach von einer begrenzten Anzahl Angehöriger des Polizeikaders bearbeitet werden. Offensichtlich möchten Sie vor den Wahlen nicht dazu stehen, dass Sie eine Stellenerhöhung ablehnen, sondern verlangen einen Bericht, statt vernünftig zu sein und dem Antrag zuzustimmen.*

Walter Angst (AL): *Es ist hier drinnen allen bekannt, dass die Stadtpolizei Zürich mit einem Schichtkonzept von fünf Schichten arbeitet. Es gibt viele Schichten, die relativ wenig zu tun haben. Es gäbe also viele Möglichkeiten, Optimierungspotenzial zu nutzen. Mit dem hier vorgeschlagenen Programm soll über zehn Jahre ein Ausbau stattfinden. Es ist in diesem Fall wichtig, dass wir die Möglichkeit haben, zu prüfen, ob das der richtige Weg ist oder nicht. Unserer Meinung nach ist die Polizeidichte in der Stadt zu hoch. Der Zusammenhang zwischen Polizeidichte und Sicherheit, so linear wie Sie ihn beschreiben, entspricht nicht der Realität. Es ist offensichtlich der richtige Moment für die Diskussion des Stellenausbaus. Das hat nichts mit den Wahlen zu tun, sondern damit, dass dieses Programm dem Gemeinderat, gemeinsam mit einem ersten Budgetantrag, relativ überraschend vorgelegt wurde. Ich finde es fair, dass die Stadtpolizei und STR Karin Rykart das Programm offen darlegen und nicht einfach eine erste Tranche umsetzen, ohne zu wissen, was danach kommt. Umgekehrt ist aber auch klar, dass die Debatte jetzt und nicht erst in zwei oder drei Jahren stattfinden muss. Die*



Stadtpolizei braucht Planungssicherheit. Diese bekommt sie, weil die Kommission und der Gemeinderat rasch darüber diskutieren können. Die Vorlage liegt vor, es muss nur noch die Diskussion stattfinden.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

STR Karin Rykart: *Wieso beantragt Ihnen der Stadtrat im Budget 2022 zehn zusätzliche Polizeistellen? Wir alle sind froh, wenn die Polizei schnell da ist, wenn man sie braucht. Wir möchten einerseits die Handlungsfähigkeit und die Reaktionsfähigkeit der Stadtpolizei aufrechterhalten und andererseits dafür sorgen, dass die Polizistinnen und Polizisten gesund bleiben. Gemäss der geltenden gesetzlichen Grundlage, dem Polizeiorganisationsgesetz, nimmt die Gemeindepolizei – in diesem Falle die Stadtpolizei – die sicherheitspolitischen Aufgaben wahr, soweit sie nicht in der Zuständigkeit der Kantonspolizei liegen. Im Bereich der sicherheitspolizeilichen Aufgaben ist die Kantonspolizei einzig für den Betrieb des Polizeigefängnis und als Ansprechpartnerin der Sicherheitsorgane des Bundes zuständig. Für alle anderen sicherheitspolizeilichen Aufgaben ist einzig und alleine die Stadtpolizei zuständig: Das gilt insbesondere für die öffentliche Sicherheit. Sie ist besorgt für Ruhe und Ordnung und sie trifft Massnahmen bei Kundgebungen und anderen Veranstaltungen. Mit anderen Worten: Die Stadtpolizei ist alleine verpflichtet, diese Aufgaben wahrzunehmen. Die Bevölkerung in der Stadt Zürich wächst – in den letzten zehn Jahren um 11,5 Prozent. Die Nutzungsintensität im öffentlichen Raum und damit auch die Konflikte und der damit verbundene polizeiliche Aufwand, nehmen in den letzten Jahren massiv zu. Das liegt einerseits an der 24-Stunden-Gesellschaft und andererseits an der Nutzung des öffentlichen Grunds, der von immer mehr und unterschiedlichen Anspruchsgruppen in Anspruch genommen wird. Das führt unweigerlich zu mehr Konflikten, die ein Intervenieren der Stadtpolizei erfordern. In den letzten zehn Jahren hat die Anzahl der Notrufe um 16,5 Prozent und die Anzahl der Einsätze um 12,5 Prozent zugenommen. Der Anstieg bei der Bewältigung von Sondereinsätzen liegt bei 106,9 Prozent. Die Auswertung der digitalen Datenträger stieg um astronomische 358 Prozent bei der digitalen Computerforensik, beziehungsweise 658 Prozent bei der digitalen mobilen Forensik. Die Anzahl der Gastronomiebetriebe stieg in den letzten zehn Jahren um 8 Prozent und die Anzahl Lärmklagen nahm um 26 Prozent zu. Aufgrund dieser Entwicklungen und mit Blick auf die Digitalisierung, rechnet die Stadtpolizei auch in Zukunft mit einem erhöhten Aufwand. Der Aufwand und die Bewältigung von Ereignissen wie Fussballspielen, politischen Veranstaltungen und anderen Grossveranstaltungen stieg enorm. Die Einsatzstunden für die Sondereinsätze haben sich seit 2011 verdoppelt. Die Belastungsgrenze für Polizistinnen und Polizisten ist bereits heute erreicht. Für die Betroffenen wird es zunehmend schwieriger, die anfallenden Mehrstunden wegen Sondereinsätzen zu kompensieren. Das hat auch Auswirkungen auf ihr Privatleben. Es steht fest, dass sich mit dem heutigen Personal der Aufwand für solche Sondereinsätze längerfristig nicht mehr bewältigen lässt. Gleichzeitig wollen wir mit den zusätzlichen Stellen auch die Grundlage schaffen, damit die Stadtpolizei ihre Mitarbeitenden flexibler einsetzen kann. An den Wochenendnächten braucht es mehr Polizisten und Polizistinnen als an einem Montagmorgen. Hier lohnt es sich, flexible Lösungen zu prüfen und als Arbeitgeberin*



sozialverträglich und attraktiv zu bleiben. Deshalb ist der Stadtrat auch bereit, das Postulat der GLP-Fraktion entgegenzunehmen. Es braucht die Stellen aber, weil sie Spielraum für neue Arbeitszeitmodelle schaffen. Bis 2030 sollen insgesamt 152 zusätzliche Vollzeitstellen geschaffen werden. Heute geht es um zehn Stellen für das Jahr 2022 und ich kann nachvollziehen, dass Sie wissen möchten, für was genau das zusätzliche Personal der Stadtpolizei eingesetzt werden soll. Es geht in den nächsten zehn Jahren um eine grosse Summe. Der Bericht der Stadtpolizei zu den Hintergründen der Stellenerhöhung ist öffentlich. Wir haben nichts dagegen, diesen Bericht hier im Gemeinderat mit Ihnen zu diskutieren. Wir nehmen deshalb auch das Postulat der AL entgegen. Die Rekrutierung und Ausbildung von neuen Polizistinnen und Polizisten nimmt rund 2,5 Jahre in Anspruch. Deshalb beantrage ich Ihnen, den Mehrheitsantrag abzulehnen, und die zehn Stellen mit dem Budget 2022 zu ermöglichen. Diese nehmen die künftigen Entscheide des Gemeinderats für die kommenden Budgets nicht vorweg.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): STR Karin Rykart sprach in ihrem Votum von der massiven Einwanderung der letzten zehn Jahre – es wohnen massiv mehr Menschen in dieser Stadt. Sie zählte ruhig und zurückhaltend die Folgen dieser massiven Einwanderung auf: Eine massive Zunahme von Polizeieinsätzen, Polizisten, die an ihre Grenzen stossen und andere Beispiele, die zeigen, wie sich in den letzten zehn Jahren durch das Bevölkerungswachstum die Sicherheitslage der Stadt verschlechtert hat. Ihr Votum klang nach einem SVP-Themeninserat, das vor den Folgen einer ungebremsen Einwanderung warnt. Sie berichtete, was bereits geschah, während die SVP des Öfteren davor warnt, was in Zukunft passieren könnte. Im Nachhinein merkt man dann meistens, dass die SVP eben doch recht hatte. Wenn selbst eine grüne Stadträtin, die kurz vor ihrer Wiederwahl steht, aufzählt, wie die Einwanderung unsere Sicherheitslage in der Stadt massiv verschlechtert, dann muss die Situation wirklich schlimm sein. Fast jeden dritten Tag liest man in der Zeitung von einer Messerstecherei oder einer Schlägerei, und auch Homosexuelle werden angegriffen. Frauen und andere Personen müssen im Ausgang Angst haben, auch als Unbeteiligte verprügelt zu werden. STR Karin Rykart zeigte uns heute auf, was passiert, wenn man einfach die Schleusen aufmacht und jeden in das Land lässt.

Sven Sobernheim (GLP): STR Karin Rykart sagte, die Überzeitkonten der Stadtpolizei seien voll. Das stimmt und steht auch so im Bericht. Bei genauerem Nachfragen zeigt sich, dass sich im Dezember 2019 65 000 Überstunden bei den Polizistinnen und Polizisten angehäuft haben. Wegen der Corona-Pandemie sind es aktuell 42 000 Stunden. Wir haben ganz viele Fragen, die der Bericht nicht beantwortet.



S. 213	25	SICHERHEITSDEPARTEMENT				
	2520	Stadtpolizei				
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
047.	Antrag Stadtrat				216 192 400	Minderheit
						Johann Widmer (SVP) Referent, Susanne Brunner (SVP), Cathrine Pauli (FDP), Severin Pflüger (FDP)
			535 000		215 657 400	Mehrheit
						Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Renate Fischer (SP), Alan David Sangines (SP), Sven Sobernheim (GLP)
						Enthaltung
						Präsident Felix Moser (Grüne)
		Begründung:	Erste Erhöhung Stellen gemäss Programm bis 2030 nach Diskussion des Berichts Blumer im Gemeinderat			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 73 gegen 45 Stimmen (bei 1 Enthaltung) zu.

4725. 2021/459
Postulat der GLP-Fraktion vom 24.11.2021:
Bericht zur Ermöglichung von Teilzeitarbeit bei der Stadtpolizei im Frontdienst

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Sven Sobernheim (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4649/2021).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/368, Beschluss-Nr. 4907/2021, Antrag Nr. 047.

Das Postulat wird mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



7 / 7

4726. 2021/461

Postulat der AL-Fraktion vom 24.11.2021:

Bericht zur geplanten Stellenerhöhung bei der Stadtpolizei

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Walter Angst (AL) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 4651/2021).

Johann Widmer (SVP) stellt namens der SVP-Fraktion den Ablehnungsantrag und begründet diesen.

Namens des Stadtrats nimmt die Vorsteherin des Sicherheitsdepartements Stellung.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2021/368, Beschluss-Nr. 4907/2021, Antrag Nr. 047.

Das Postulat wird mit 84 gegen 38 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat